

## Aus der Praxis eines Europa-Parlamentariers: Dr. Ernst Müller-Hermann (Christlich-Demokratische Fraktion)

### *Reisender in Sachen Europa*

Der Europa-Parlamentarier ist derzeit ein recht unglückliches Wesen. Er ist ein Reisender in Sachen Europa, unterwegs nach Luxemburg, Straßburg oder einem anderen europäischen Zentrum, außerdem angebunden an seine Pflichten im Deutschen Bundestag. Das Europäische Parlament hat seinen offiziellen Sitz in Luxemburg. Aber seine Tagungen finden abwechselnd in Luxemburg und Straßburg statt, die Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen in der Regel in Brüssel.

Die Arbeitsbedingungen eines Europa-Parlamentariers sind denkbar schlecht. Das einzige, was ihm neben einer gewaltigen Papierflut zusteht, ist ein Sitz im Plenarsaal. Er verfügt über kein Büro, keine Sekretärin, kein Telefon. Daran dürfte sich auch in Zukunft, wenn es direkt vom Volk gewählte Abgeordnete in Europa gibt, sehr schnell nichts ändern, schon aus Raumgründen.

Der Einfluß des Europäischen Parlaments ist begrenzt. Aber das Parlament ist auch nicht so unwichtig, wie das gelegentlich dargestellt wird. Es hat mittlerweile bestimmte Befugnisse im Haushaltsgebaren, es muß zu allen Vorlagen der Kommission gehört werden, und es kann auch gegenüber der Kommission bzw. einem Kommissar ein Mißtrauensvotum aussprechen.

Ein besonders wunder Punkt ist, daß die im Europäischen Parlament tätigen Bundestagsabgeordneten von ihren Kollegen, die nur im nationalen Parlament tätig sind, oft über die schiefe Schulter angesehen werden. Der Bundestag und seine Fraktionen wären ganz schlecht beraten, wenn man die europäischen Abgeordneten ohne Verbindung und enge Kontakte zu den nationalen Parlamenten lassen würde, wenn - konkret gesprochen - die europäischen Abgeordneten irgendwo in der Ferne gewissermaßen im luftleeren Raum Europas arbeiten müßten.

### *Es gibt zur Europäischen Gemeinschaft keine Alternative*

Trotz aller dieser Mängel ist die Arbeit eines Europa-Parlamentariers weder unwirksam noch unbefriedigend. Allein die Tatsache schon, daß die Abgeordneten aus neun Ländern in ihren Fraktionen, in den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments ständig miteinander im Gespräch sind, ist ein Positivum. Man lernt sich kennen, man kann die Probleme eines anderen Landes besser verstehen, es bildet sich allenthalben ein europäischer Konsensus heran.

Das Klima im Europäischen Parlament ist wesentlich freundlicher und loyaler als beispielsweise im Bundestag. Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß die entscheidenden Institutionen, die Kommission und der Ministerrat, im Grunde Große Koalitionen sind. Es handelt sich dabei um Gremien, die von den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten beschickt werden. Und in den Regierungen der neun Mitgliedstaaten sind praktisch alle politischen Gruppierungen vertreten. Dieser Tatbestand wird sich zweifellos ändern, wenn die Abgeordneten direkt vom Volk gewählt sind und die parteipolitischen, grundsätzlichen oder ideologischen Meinungsverschiedenheiten mit größerer Schärfe als bisher herausgearbeitet werden.

In meinen Augen gibt es zur Europäischen Gemeinschaft keine Alternative. Das freie Europa hat nur durch den Zusammenschluß eine Chance zum Überleben und zum Durchsetzen. Die Europäische Gemeinschaft ist auch weiter, als die meisten unserer Mitbürger annehmen.

Zwar ist der Gemeinsame Markt in keiner Weise vollendet. So gibt es weder eine gemeinsame Steuer- und Wettbewerbspolitik noch eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik noch eine gemeinsame Energie- und Verkehrspolitik, um nur einige Themen anzuschneiden. Andererseits ist die Verzahnung der neun Volkswirtschaften so weit vorangetrieben, daß niemand wieder heraus könnte, selbst wenn er es wollte. Auch bin ich der festen Überzeugung, daß alle neun Mitgliedstaaten von dem Gemeinsamen Markt in ungewöhnlicher Weise profitieren. Die Bundesrepublik Deutschland als ein ausgesprochener Industriestaat hat das größte Interesse daran, nicht für einen Markt von 60 Millionen, sondern von 240 Millionen Menschen produzieren zu können.

Diese Europäische Gemeinschaft ist aber dennoch mit ungewöhnlichen Problemen belastet. Das aufgezeigte Fehlen abgestimmter Politiken hängt mit der schwierigen und schwerfälligen Willensbildung im Ministerrat zusammen. Ohne daß dies eine Bestimmung der Römischen Verträge wäre, kommen Beschlüsse praktisch nur bei Einstimmigkeit zustande. Jedes Mitglied hat die Chance der Blockierung von Entscheidungen. Ich sehe die große Gefahr, daß bei einer Erweiterung der Gemeinschaft um weitere Problemländer die Gemeinschaft immer mehr zu einer Art Freihandelszone mit bürokratischem Überbau wird. Hier kommt eine große Verantwortung auf das direkt gewählte Parlament zu, den politischen Einigungswillen zu artikulieren.

Alles, was mit Außenwirtschaft und Außenhandel zu tun hat, liegt schon heute in der ausschließlichen Zuständigkeit der Brüsseler Kommission. Aber gerade über die Fragen der Außenwirtschaft gibt es die größten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland tritt für eine sehr weltoffene Handelspolitik ein, während andere Staaten, vor allem Großbritannien und Frankreich, sich mehr auf einer protektionistischen Linie bewegen oder bewegen wollen. Nach meiner Meinung muß die Europäische Gemeinschaft weltoffen sein, schon weil sie selbst am Export in alle Teile der Welt außerordentlich interessiert ist, aber auch, weil dieser großen Industrieregion zunehmend auch internationale Verantwortung zuwächst. Sie muß den jungen Völkern der Dritten und Vierten Welt Chancen geben, auch ihre Produkte im Wettbewerb zur Europäischen Gemeinschaft abzusetzen. Es wäre eine unglaubliche Politik, wenn zwar die Volkswirtschaften der Europäischen Gemeinschaft überallhin Industrieprodukte, Industrieanlagen und technologisches Know-how verkaufen wollen, aber andererseits ihre Märkte gegenüber der Dritten Welt abschotten.

Eine besonders wichtige Aufgabe ist, daß das Europäische Parlament endlich ein größeres Maß an Kontrolle über die sich ständig ausweitende europäische Bürokratie erhält. Die Kommission, zum Teil auch der Ministerrat, haben einen gewaltigen bürokratischen Apparat aufgebaut, der keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegt. Dies ist ein ausgesprochener Übelstand, der meines Erachtens als erster behoben werden sollte.

#### *Die Rolle der Deutschen*

Wir Deutschen spielen in der Europäischen Gemeinschaft eine beachtenswerte Rolle. Wir sind die stärkste Wirtschaftskraft in der Gemeinschaft und werden entsprechend respektiert. Unser Geld wird gebraucht. Aber ohne Zweifel sind wir nicht überall sehr beliebt. Dessen ungeachtet tragen wir als Deutsche ein besonderes Maß an Verantwortung für die Europäische Gemeinschaft. Wir haben in diese Gemeinschaft auch eine Fülle an positiven Erfahrungen einzubringen. Das gilt insbesondere für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, mit deren Hilfe wir aus Schutt und Trümmern in den Aufbaujahren eine gewaltige volkswirtschaftliche Leistung vollbracht haben. Und diese marktwirtschaftliche, auf soziale Verantwortung ausgerichtete wirtschaftspolitische Ordnung ist nicht überall in der Gemeinschaft genügend bekannt. Die Tatsache, daß insbesondere Ludwig Erhard seinerzeit die deutsche Volkswirt-

schaft unter einen harten Wettbewerbsdruck gestellt und genötigt hat, sich ständig ohne Flankenschutz den veränderten Bedingungen der Weltwirtschaft anzupassen, hat dazu geführt, daß die Bundesrepublik Deutschland die großen Strukturprobleme wesentlich besser bewältigt hat als beispielsweise Großbritannien oder Frankreich oder Italien. Es ist Sache der deutschen Parlamentarier ebenso wie der Bundesregierung, mit viel Fingerspitzengefühl und Überzeugungskraft nicht nur die speziellen deutschen Interessen zu vertreten, sondern auch unser politisches und ökonomisches Gedankengut für die Gemeinschaft nutzbar zu machen.

So müssen wir auch die Idee der sozialen Partnerschaft in diese Europäische Gemeinschaft übertragen. Wir müssen uns gegen ein zu zentralisiertes und bürokratisiertes Europa wenden. Wir müssen uns für eine weltoffene Handelspolitik engagieren. Und wir müssen schließlich dafür eintreten, daß die europäische Integration weiter vorangetrieben wird bis hin zu einer politischen Union. Denn dieses freie Europa — auf der Weltkarte nur ein Anhängsel des gewaltigen eurasischen Kontinents — hat nur dann eine Überlebenschance, wenn es sich gemeinsam mit den Vereinigten Staaten militärisch absichert, seine wirtschaftliche und soziale Leistungskraft voll entfaltet und zu den Fragen der Weltpolitik endlich mit einer Stimme Stellung bezieht.

Ich halte die These für falsch, daß die europäische Integration die Spaltung Europas und Deutschlands vertieft. Im Gegenteil bin ich der festen Überzeugung, daß die Anziehungskraft, die von einem gesellschaftspolitisch hochentwickelten Europa ausgeht, gewaltige psychologische und politische Auswirkungen in den Ostblock hinein auslöst. Diese Tatsache schafft die Voraussetzungen dafür, daß langfristig auf friedlichem Wege gesellschaftspolitische Veränderungen in Mitteleuropa möglich werden.

#### *Der künftige Status des Europäischen Parlaments*

Offen ist bisher, welchen Status der direkt gewählte europäische Abgeordnete in Zukunft haben soll. Dies ist natürlich in erster Linie Sache des direkt gewählten Parlaments selbst. Ich fürchte nur, daß das neue, relativ große Parlament eine lange Anlaufzeit brauchen wird, ehe es arbeiten kann. Gerade deshalb ist es nötig, daß der Bundestag eine Übergangsregelung vorsieht, um jedem Mitglied des Europäischen Parlaments die nötige technische Ausstattung zu gewährleisten, auch wenn der Abgeordnete nicht Mitglied des Bundestages ist, was ohnehin 1980 aufhören soll.

Ich warne dringend davor, die Mitglieder des Europäischen Parlaments vom Deutschen Bundestag gewissermaßen abzunabeln. Es wird sich ohnehin im Laufe der nächsten Jahre eine gewisse Konkurrenz zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten herausbilden. Denn jede Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments geht zwangsläufig zu Lasten nationaler Kompetenzen. Kein Parlament wird leichten Herzens darin einwilligen. Dem direkt gewählten Europäischen Parlament werden jedenfalls nicht automatisch mehr Rechte zuwachsen. Aber sachbedingt wird es unausweichlich sein, an eine Ausweitung der Kompetenzen heranzugehen. Hier wird es ein zähes Ringen geben.

Auch über die Frage, wo das Parlament seinen endgültigen Sitz nehmen soll, ist noch nicht entschieden. Hier gibt es eine Konkurrenz zwischen Luxemburg, Brüssel und Straßburg, und für jeden Platz gibt es gute Gründe. Ich persönlich vertrete allerdings die Meinung, daß das Parlament am Sitz der Regierung tagen sollte, das hieße in Brüssel. Nur die unmittelbare Verbindung von Parlament und Regierung sichert dem Parlament die nötige Einflußnahme. Nur wenn die Abgeordneten der Regierung ständig „auf der Pelle“ liegen, können sie etwas durchsetzen.